

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Franziska Brychcy (LINKE)

vom 17. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. März 2025)

zum Thema:

Stoppt der Senat die Einrichtung einer Stabsstelle politische Bildung?

und **Antwort** vom 20. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. März 2025)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Franziska Brychcy (Die Linke)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22000

vom 17. März 2025

über Stoppt der Senat die Einrichtung einer Stabsstelle politische Bildung?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Trifft es zu, dass die Einigungsstelle des Hauptpersonalrats die Senatsbildungsverwaltung aufgefordert hat, die beiden für die Stabsstelle vorgesehenen Leitungspositionen regulär auszuschreiben? Wird der Senat dieser Aufforderung nachkommen und die beiden Stellen öffentlich ausschreiben? (Bitte nach Möglichkeit den Beschluss der Einigungsstelle des Hauptpersonalrats anhängen.)
2. Mit welcher Dauer für Ausschreibung und für die Besetzung der für die Stabsstelle vorgesehenen Leitungspositionen rechnet der Senat?
3. Verabschiedet sich der Senat vor dem Hintergrund der unter 2. genannten Zeitspanne sowie vor dem Hintergrund, dass die Ausschreibung im Nachhinein von unterlegenen Bewerber*innen angefochten werden kann, von dem Vorhaben, eine bis Ende der Legislatur befristete Stabsstelle für politische Bildung einzurichten oder hält er daran fest? Wie begründet der Senat seine Entscheidung und wie sieht das weitere Vorgehen aus?

4. Die Besetzung der Stabsstelle war ursprünglich für den Herbst 2024 vorgesehen. Wie viele der im Doppelhaushalt eingestellten Mittel wurden bisher nicht verausgabt?

Zu 1. bis 4.: Der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie liegt der schriftliche Beschluss der Einigungsstelle des Hauptpersonalrats noch nicht vor. Insofern kann sich zu den Fragen noch nicht abschließend geäußert werden.

Berlin, den 20. März 2025

In Vertretung

Dr. Torsten Kühne

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie